

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort und Einführung	13
2. Die Situation der nichtdeutschen EinwohnerInnen	25
2.1 Zu- und Einwanderung ist eine irreversible Tatsache	25
2.1.1 Zu- bzw. Einwanderung historisch und heute	25
2.1.2 Zu- bzw. Einwanderung nach Europa	26
2.1.3 Zu- bzw. Einwanderung nach Deutschland	27
2.1.4 Zu- bzw. Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland	29
2.1.5 Die Lebenslage der eingewanderten Nichtdeutschen ..	30
2.1.6 Abwehrbewegungen in einer Welt voller Mauern	31
2.2 Die multikulturelle Gesellschaft als unverkennbare Tatsache	34
2.3 Die Hierarchie der »Fremden«/ethnischer Gruppen	36
2.4 Eingewandert und doch nicht akzeptiert	37
2.5 Vom deutschen Umgang mit »Fremden«	41
2.6 Wie lange müssen »AusländerInnen« AusländerInnen bleiben?	44
2.6.1 Die Ökonomie beherrschte besonders die Nichtdeutschen	47
2.6.2 Es mangelte an politischem Weitblick	48
2.6.3 Politik und restriktive Praxis der Ausländerbehörden gingen Hand in Hand	50
2.6.4 Die (Ministerial-)Bürokratie machte die Ausländer- politik	54
2.6.5 »Ausländerpolitik« war ein Sinnbild für die Abwehr von Fremden	55
2.6.6 Nichtdeutsche EinwohnerInnen erlebten »Ausländerpolitik« als unaufrichtig	56
2.6.7 Die deutsche »Ausländerpolitik« nahm wissen- schaftliche Studien und Vorschläge kaum wahr	56
2.6.8 Wenn Politik im Aussitzen bestand	58
2.6.9 »Ausländerpolitik« war in der Regel nur reaktiv	58
2.6.10 Am Schreibtisch und in Wahlreden wurde gegen »Fremde« gezündelt	59
2.7 Defizite: Ein Fazit der »Ausländerpolitik«	64
2.8 Die mächtige Mehrheit und die machtlose Minderheit	65
2.9 Resümee	66

3. Exkurs zur Minderheitenforschung	69
3.1 Von der »Gastarbeiterforschung« zur Minderheitenforschung	69
3.2 Anregungen für die Themenstellung	71
4. Die Entscheidung der Mehrheit entscheidet?	75
4.1 Wohin es gehen soll	75
4.2 Das Mehrheitsprinzip	78
4.3 Was eine Mehrheit ist	80
4.4 Zu den Vorteilen des Mehrheitsprinzips	83
4.4.1 Die Mehrheitsregel gilt als praktikabel	84
4.4.2 Die Mehrheit ist per se vernünftig	84
4.4.3 Bei der Mehrheit liegt die bessere Erkenntnis	84
4.4.4 Es gibt nichts Besseres als das Mehrheitsprinzip	85
4.4.5 Das Gleichheitsprinzip wird so am besten verwirklicht	86
4.4.6 Mehrheitswille und Gesamtwille sind identisch	86
4.4.7 Die Mehrheit wird sonst durch die Minderheit vergewaltigt	87
4.4.8 Das Mehrheitsprinzip bringt die Proportionalität am besten zum Ausdruck	88
4.4.9 Bei Anwendung des Mehrheitsprinzips können heutige Minderheiten zu morgigen Mehrheiten werden	88
4.4.10 Mit der Anwendung des Mehrheitsprinzips kommt es zu einer würdigen Unterordnung der Minder- heit unter die Mehrheit	89
4.4.11 Ein Zwischenfazit	89
4.5 Die Nachteile des Mehrheitsprinzips	91
4.5.1 Eine Mehrheitsentscheidung schafft eventuell irreversible Fakten	91
4.5.2 Ständige Minderheiten können bei Anwendung des Mehrheitsprinzips nie mitentscheiden bzw. nie zur Mehrheit werden	92
4.5.3 Das Mehrheitsprinzip bringt mit dem Diktat der Mehrheit die Unterwerfung der Minderheit mit sich	92
4.5.4 Die Mehrheit kann für die Minderheit bedrohlich werden	93
4.5.5 Das Mehrheitsprinzip verlangt von der Minderheit Loyalität und eine Art Folgepflicht gegenüber der Mehrheit	94
4.5.6 Die Mehrheit kann durchaus irren	95

4.5.7	Mehrheitsprinzip und Gleichheit benachteiligen Minderheiten	95
4.5.8	Knappe Mehrheiten besitzen oft eine dünne Legitimation	95
4.5.9	Das Mehrheitsprinzip tangiert zwangsläufig auch existentielle Interessen der Minderheiten	96
4.5.10	Das Mehrheitsprinzip darf nicht immer und überall gelten	97
4.5.11	Ein weiteres Zwischenfazit	98
4.6	Exkurs: Wo Konsens waltet, brauchen wir keine Mehrheitsregel	98
4.7	Schlußfolgerungen	100
4.7.1	Die Mehrheit darf nicht alles	102
4.7.2	Die Mehrheit darf keine irreversible Entscheidungen treffen	103
4.7.3	Die Mehrheit findet Grenzen in ihrer Anwendbarkeit	103
4.7.4	Die Mehrheit darf nicht die Entstehung permanenter Minderheiten zulassen oder gar fördern	104
4.7.5	Bei der Mehrheitsentscheidung müssen alle Betroffenen mitwirken dürfen	104
4.7.6	Mehrheitsherrschaft und Minderheitenschutz müssen eine Einheit bilden	104
4.7.7	Das Unabstimmbare muß erweitert werden	105
4.7.8	Minderheiten brauchen besondere Schutzrechte ...	105
4.7.9	Auch Minderheiten unterliegen einer Loyalitätspflicht	105
4.7.10	Die Gesellschaft braucht auch andere Formen der Entscheidungsfindung als das Mehrheitsprinzip ...	106
5.	Nationalstaat	107
5.1	Zur Entstehung und Verwendung des Begriffs Nation	107
5.1.1	Nation – historisch gesehen	108
5.1.2	Nation – heute	111
5.2	National – Nationalität – Nationalitätenstaat	113
5.2.1	National: einem Volk/einer Nation eigentümlich ...	113
5.2.2	Nationalität = Staatsangehörigkeit?	114
5.2.3	Nationalitätenstaat – nur ein Konglomerat?	115
5.3	Nationalismus – wofür steht er?	115
5.4	Nationalstaat – »die weltliche Machtorganisation des Nationalismus« (Weber)	118
5.5	Fazit und Perspektiven	123

6. Einbürgerung und Staatsangehörigkeitsrecht	129
6.1 Die Ausgangslage	130
6.1.1 Langjährige EinwohnerInnen mit minderen Rechten	130
6.1.2 Langanstehende notwendige Änderungen für Zugewanderte und ihre Kinder	130
6.1.3 Einbürgerung und Doppelstaatsangehörigkeit bis heute	131
6.1.4 Einbürgerung als Interesse der nichtdeutschen Staatsangehörigen	133
6.1.5 Positive Veränderungen durch Einbürgerung für die Betroffenen	134
6.2. Doppelte Staatsangehörigkeit in anderen Ländern	135
6.2.1 Beispiel Niederlande	135
6.2.2 Beispiel Europarat	136
6.3 Das deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz	136
6.3.1 Schutzfunktion der Staatsangehörigkeit	136
6.3.2 Die Entstehung des Abstammungsprinzips und das Gesetz von 1913	137
6.3.3 Die Diskussion über das Gesetz im Deutschen Reichstag	138
6.3.4 Inhalte des Gesetzes	139
6.3.5 Mißbrauch des Gesetzes durch die Nazis	139
6.3.6 Anwendung des Gesetzes nach 1945 und heutige Bestandteile	140
6.3.7 Abstammungsprinzip und heutige Zeit	141
6.4 Beispiele von Bedingungen für eine Einbürgerung	142
6.4.1 Wenn kein »wertvoller Bevölkerungszuwachs« festgestellt wird	142
6.4.2 Wenn die Lebensführung einwandfrei sein muß	143
6.4.3 Wenn man sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung bekennen muß	144
6.4.4 Wenn die deutsche Sprache beherrscht werden muß	145
6.4.5 Wenn man sich dauernd zu Deutschland hinwenden muß	146
6.5 Einbürgerung und doppelte Staatsangehörigkeit im gesellschaftlichen Feld	148
6.6 Pro und contra Einbürgerung bzw. doppelte Staatsangehörigkeit	148
6.6.1 Hindernisse auf seiten der Betroffenen	151
6.6.2 Nachteile für die Betroffenen?	151
6.6.3 Nachteile für den Staat?	152
6.7 Resümee	158

6.7.1 Der politische Wille und die Einbürgerung	160
6.7.2 Loyalität und Respekt durch Einbürgerung	161
6.7.3 Die Einbürgerung und das Staatsverständnis	161
7. Demokratie und Wahlrecht	163
7.1 Was Demokratie beinhaltet	163
7.2 Grund- und Bürgerrechte	165
7.3 Das Kommunalwahlrecht	167
7.3.1 Ausländerbeiräte und -ausschüsse sind keine Alternative	168
7.3.2 Mitarbeit in politischen Parteien	170
7.3.3 Der lange Weg zum Kommunalwahlrecht für EU-Angehörige	173
7.3.4 Argumente gegen das kommunale Wahlrecht für Nichtdeutsche	176
7.3.5 Argumente für das kommunale Wahlrecht für Nichtdeutsche	180
7.4 Resümee	182
8. Beteiligungsmöglichkeiten durch Autonomie	185
8.1 Autonomie wird sehr unterschiedlich definiert	185
8.2 Zwei Beispiele von Autonomie in Mittel- und Südeuropa ..	190
8.2.1 Südtirol/Italien	190
8.2.2 Schweiz	206
8.3 Hinterfragung der Beispiele und Schlußfolgerungen	217
8.3.1 Wer stellt wie die Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit fest?	217
8.3.2 Zusammenfassende Einschätzung	221
8.3.3 Schlußfolgerungen	223
9. Minderheitenrechte und Minderheitenschutz	227
9.1 Was heißt Minderheitenschutz und Minderheitenrechte? ..	228
9.1.1 Minderheitenrechte sind kein Privileg	229
9.1.2 Europas mühsamer Weg zu Minderheitenrechten ..	230
9.1.3 Die Frage nach kollektiven Rechten für Minderheiten	232
9.1.4 Zwei Ansätze zum Minderheitenschutz	233
9.2 Minderheitenrechte in Deutschland	235
9.2.1 Minderheiten in Deutschland	236
9.2.2 Deutsche Minderheiten im Ausland	241
9.3 Minderheitenschutz historisch	254
9.4 Zypern: Ein gescheitertes und dennoch wichtiges Beispiel	257

9.5 Exkurs: Gruppenrechte nur für »Volksgruppen«?	260
9.5.1 Grundrechte der Angehörigen von Volksgruppen in Europa (Vorschläge)	262
9.5.2 Kurze Einschätzung der Vorschläge	264
9.6 Veränderungen durch ein Anti-Diskriminierungsgesetz	265
9.7 Können Quotierung und Registrierung zur Gleichstellung beitragen bzw. Benachteiligungen aufheben?	266
9.7.1 Warum, wann und wie eine Art Quotierung sinnvoll und möglich wäre	266
9.7.2 Die Erhebung der Zugehörigkeit zu einer Minderheit	272
9.8 Resümee	274
10. Ergebnisse	281
10.1 Die Freiheit Andersdenkender und Anderslebender muß das Verhältnis von Minderheit und Mehrheit bestimmen	282
10.2 Die kulturell offene Gesellschaft ist das Ziel einer an der Würde und den Menschenrechten aller orientierten Gesellschaft	284
10.3 Unsere ethnisch-plurale Gesellschaft braucht gesellschaftliche Rahmenbedingungen	285
10.4 Nationalstaatliches Gedankengut und eine Orientierung daran müssen überwunden werden	287
10.5 Nötige (voraussetzungslose) Änderungen können direkt umgesetzt werden	287
10.5.1 Ein neues Staatsangehörigkeitsrecht wird gebraucht	289
10.5.2 Das Wahlrecht ist ein nicht länger verzögerbares Gebot der Demokratie	290
10.5.3 Teil-Autonomie sollte möglich sein	291
10.5.4 Bürgerrechte sind unteilbar	292
10.6 Der Partizipation von Betroffenen muß mehr Raum gegeben werden	293
10.7 Mehrheit und Minderheit(en) in Deutschland: Schlußbemerkungen	294
11. Konkrete Utopien für die Zeit nach dem Jahrtausendwechsel	299
11.1 Der Bericht des Wissenschaftlichen Rates	300
11.2 Die Empfehlung des Wissenschaftlichen Rates	302
11.3 Die Maßnahmen einer neuen Minderheitenpolitik	302
11.4 Kommission für Migration und interkulturelle Angelegenheiten	305

11.5 Drei Beispiele für Regelungsbedarf und Ergebnisse	307
11.6 Schlußbemerkung	309
Anhang: Zur Minderheitenforschung	310
Bibliographie	319
Anmerkungen	344